

Migranten-Milieus

Ein Kompass für die Stadtgesellschaft

1 Einleitung

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes vom 1. Januar 2005 und dem ersten Migrationsgipfel vom Juli 2006 ist die Migrationsdebatte durch eine größere Sachlichkeit geprägt. In Politik und (Fach-)Öffentlichkeit ist heute die Einsicht vorherrschend, dass Einwirkungschancen deutscher und europäischer Politik auf die entscheidenden Ursachen von Migration – Bevölkerungswachstum und Einkommensunterschiede in einer globalisierten Welt – gering sind. Daher wird im aktuellen Diskurs über die gesellschaftspolitische Verantwortung dieser Entwicklung die Integration der Migranten zur Schlüsselaufgabe erklärt. Zu dieser Bewertung kommt auch die Bundesregierung, die bei der Präsentation des Nationalen Integrationsplans auf dem 2. Integrationsgipfel im Juli 2007 erklärt hat: „Integration ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung.“

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, hat die Bundesregierung bei der Gestaltung der Integrationsprozesse neue Wege eingeschlagen: Im Nationalen Integrationsplan, der die Leitlinien einer erfolgreichen Integrationspolitik skizziert, soll der Schwerpunkt der Integrationsangebote künftig auf Stärkung der Potenziale der Migranten liegen und sich nicht – wie bisher – ausschließlich an ihren Defiziten orientieren. Ausdrücklich wird in den Leitlinien darauf hingewiesen, dass Integration nicht allein eine Aufgabe des Staates ist, die verordnet werden kann. „Integration erfordert eine aktive Bürgergesellschaft, in der möglichst viele Menschen Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative entwickeln.“

Der damit zum Ausdruck kommende Wechsel von kompensatorischen zu aktivierenden Integrationsangeboten soll der Kritik an der bisherigen Integrationspolitik Rechnung tragen, dass eine nur

defizitorientierte Zuwandererpolitik den gegenwärtigen und künftigen Integrationsaufgaben nicht gerecht wird; dies insbesondere dann, wenn das Leitbild des aktivierenden Wohlfahrtsstaates auf individueller Initiative und Eigenverantwortlichkeit als Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben setzt.

Der Erfolg dieser Integrationspolitik wird daran zu messen sein, inwieweit die Migranten an den für die Lebensführung bedeutsamen gesellschaftlichen Bereichen wie Arbeit, Bildung und Wohnen teilhaben werden. Hier liegen die Herausforderungen, die zwar als Querschnittsaufgabe auf allen (politischen) Ebenen anfallen, aber „vor Ort“, also in der Stadt bzw. im Quartier, bewältigt werden müssen. Stadtteilorientierung ist daher fester Bestandteil kommunaler Integrationspolitik. Denn es zählt sei jeher zur zivilisatorischen Leistung von Städten, unterschiedliche Lebensstile verschiedenster Herkunft in ihr Stadtgefüge zu integrieren.

Erfüllen die Städte in Deutschland diese Aufgabe aber heute noch? Können sie diese Aufgabe überhaupt erfüllen?

Für die Integrationspolitik ist es wichtig, eine fundierte Einschätzung des Integrationsbedarfs im sozialräumlichen Kontext zu gewinnen. Empirische Grundlagen für eine sozialräumliche Orientierung von Integrationsstrategien fehlen bisher weitgehend – so die Einschätzung der Zwischenbilanz des Nationalen Integrationsplans vom November 2008. Es ist daher den Leitlinien des Nationalen Integrationsplans für eine erfolgreiche Integrationspolitik zuzustimmen, wenn diese einfordert, Forschung, Statistik und unser Wissen um die Rahmenbedingungen der Integration deutlich zu verbessern.

Dies ist auch das zentrale Anliegen des vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Der Verband, der sich dem

Leitbild der Bürgergesellschaft in den Politikfeldern Stadtentwicklung und Wohnen verschoben hat, muss sich – will er einen Beitrag zur Einlösung dieses Leitbildes leisten – damit auseinandersetzen, wie gut Migranten bislang in die Partizipations- und Entscheidungsstrukturen der Stadtgesellschaft integriert sind. Ziel ist es, das lokale Engagement von Migranten sichtbar zu machen, ihre Zugänge zu lokaler Teilhabe und zur Mitgestaltung von Stadtentwicklungsprozessen aufzuzeigen und im Handlungsfeld Stadtentwicklung und Wohnen ihre aktive Teilhabe an Kommunikations- und Entscheidungsprozessen zu verbessern. Hier setzt konkret die Arbeit des Verbandes an. Mit dem Ziel, einen lebensstildifferenzierten Einblick in die Situation von Migranten in Deutschland zu erhalten, hat sich der vhw an der Studie „Migrantenmilieus“ des Heidelberger Politik- und Marktforschungsinstituts Sinus Sociovision gemeinsam mit weiteren Partnern aus den Bereichen Politik, Stiftungen, Verbände und Wirtschaft beteiligt. Damit setzt der vhw seine bisherige Arbeit fort, Entwicklungen in den Städten und auf den Wohnungsmärkten durch den Rückgriff auf die Milieuforschung zu analysieren.

Aus dieser Studie, deren Ergebnisse der Fachöffentlichkeit bereits im Dezember 2008 vorgestellt wurden, lassen sich für die weitere Arbeit des vhw folgende zentrale Aussagen ableiten:

- **Migration wird die Lebenswelten der Stadtgesellschaft neu gestalten**

Die Stadtgesellschaft ist multikultureller geworden. Die Situation ist vielerorts mittlerweile so komplex, dass man von einer Superdiversität (Vertovec 2007¹) spricht. Diese Superdiversität dyna-

misiert die Milieus und die Lebenswelten der Stadtgesellschaft. Die Studie Migranten-Milieus zeigt, dass die Milieus der Migranten nicht einfach in den Milieus der Mehrheitsgesellschaft aufgehen. Sie leben in einer besonderen Situation, zwischen Ihrer Herkunftskultur und der Mehrheitskultur in Deutschland. Die besondere Situation, in der diese Menschen leben, erfordert zunächst ein besonderes Verstehen. Dieses Verstehen ist das Ziel der vorliegenden Studie. Im Ergebnis aber werden die Migranten-Milieus und die Milieus der Mehrheitsgesellschaft zu einer neuen Strukturierung der stadtgesellschaftlichen Lebenswelten, zu einem neuen Milieumodell der Stadtgesellschaft führen.

- **Die Migranten-Milieus als Brückenkopf für eine alltagsnahe Integrationspolitik**

Im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen brauchen wir bei Migration und Integration einen neuen Umgang mit der Gruppe der Migranten. Ziel kann es nicht sein, erfolgreiche und weniger erfolgreiche Gruppen oder gar einzelne Ethnien gegeneinander auszuspielen. Die in der Studie beschriebenen acht Migranten-Milieus sind ein strategisches Handlungsinstrument, das alltagsnahe Zugänge zu den Lebenswelten der Migranten bietet. Es ist ein Brückenkopf für eine Integrationspolitik, in der Migranten selbst aktive Subjekte von Handlungskonzepten werden können.

- **Blockierte Teilhabe statt Integrationsverweigerung**

Die Studie zeigt das Bild einer blockierten Teilhabe, insbesondere in den Bereichen der bürgerschaftlichen Partizipation, der Bildung und des Wohnens. In der öffentlichen Debatte über Migration und Integration werden die Integrationsdefizite oft einseitig den Migranten angelastet. Die Befunde der Studie aber zeigen, dass Migranten eine ausgeprägte Bereitwilligkeit mitbringen, sich

¹ Vgl. Vertovec 2007, S. 1024 ff.

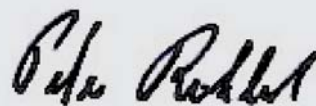
aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Ihre Leistungsbereitschaft ist grosso modo sogar noch höher als die der einheimischen Bevölkerung. Trotzdem muss man festhalten, dass sie bei der lokalen Partizipation wie auch bei der Bildung noch nicht an die Erfolge der Mehrheitsbevölkerung anschließen können. Auch beim Wohnen bleibt eine qualitative Unterversorgung der Migranten zu konstatieren. Diese Befunde sind ein direkter Arbeitsauftrag an die Integrationspolitik, Lösungen und Angebote für die Anforderungen und Interessen der einzelnen Migranten-Milieus zu finden.

■ Wir brauchen eine Politik der sozialen Kohäsion

Migration und Integration sind zentrale Herausforderungen für die Handlungsfelder Stadtentwicklung und Wohnen. Mit ihnen verbunden ist die zentrale Frage nach der Kohäsion in der Stadtgesellschaft. Politik allein kann die Herausforderung von Migration und Integration nicht lösen. Aber sie kann den Rahmen einer Politik der sozialen Kohäsion bestimmen. Dazu gehören integrierte und beteiligungsorientierte Strategien, die an den Ressourcen der Migranten ansetzen. Bei der Vielfalt an staatlichen und nicht-staatlichen Zuständigkeiten sind hier auch neue Regelungsstrukturen für Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zwischen den einzelnen Akteuren im Sinne einer Urban Governance nötig.

Der vhw bietet sich bei der Debatte um eine Politik der sozialen Kohäsion im Bereich Migration und Integration als Plattform an und wird den Dialog mit Experten, Migranten-Vertretern und Migranten-Organisationen suchen. Das gilt auch für die Konstitution der eigenen Verbandsorgane, in die Migranten im Zuge einer kulturellen Öffnung in Zukunft verstärkt eingebunden werden. Migranten kommt bei der zukünftigen Stadtentwicklung eine wichtige Rolle zu. Es gilt sie als Akteure ernst zu nehmen: aus einer verstehenden Perspektive heraus, als Akteure mit produkti-

ven Ressourcen, und als politisches Gegenüber. Migration ist ein dynamischer Faktor mit wachsender Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Städte. Sie ist eine produktive Ressource, auch für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Die Diskussion um die Zukunft der Städte ist immer auch eine Diskussion über Städte als Zuwanderungsorte. Die zentrale Herausforderung dabei ist es, diese kulturelle Vielfalt produktiv zu gestalten. Ziel ist es, ein kooperatives stadtgesellschaftliches Selbstverständnis zu etablieren, das Vielfalt als dynamische Entwicklungsperspektive begreift und an den Ressourcen und Gemeinsamkeiten der Akteure ansetzt.



Peter Rohland, Hauptgeschäftsführer
vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.